



Beauftragter der Bundesregierung
gegen Antiziganismus und für
das Leben der Sinti und Roma
in Deutschland

Presseerklärung

Berlin, 5. Oktober 2023

Hetzkampagne gegen Sinti und Roma in Chemnitz: „Die Behörden müssen Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Familien treffen“

Aus den Kreisen von „Pro Chemnitz/Freie Sachsen“ wird gegen Roma Stimmung gemacht, die kürzlich in der Stadt Immobilien erworben oder Wohnungen zur Miete bezogen haben. In einem Flugblatt fabulieren Rechtsextreme von einer bevorstehenden „Übernahme“ der Stadt und drucken mehrere Adressen der fraglichen Immobilien ab. Betroffene haben sich hilfesuchend an den Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus gewandt. Dieser hat den Staatsminister des Innern des Freistaats Sachsen auf die bedrohliche Situation hingewiesen und um Schutzmaßnahmen für die bedrohten Menschen gebeten.

Die „Freien Sachsen“ werden sowohl im Jahresbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz als auch im Bericht des Sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz aufgeführt.

„Das Pamphlet der sogenannten ‚Freien Sachsen‘ liest sich wie ein Aufruf zum Pogrom, ich mache mir große Sorgen um Leib und Leben der Betroffenen. Die sächsischen Sicherheitsbehörden müssen diese Bedrohung ernst nehmen und Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Familien treffen, wozu auch Gefährderansprachen gehören. Auch die Chemnitzer Zivilgesellschaft ist gefordert, Solidarität mit den betroffenen Menschen zu zeigen.“